

Demokratie und Rechtsstaat haben mit der Prämisse der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz zu tun. Auch bei der politischen Repräsentation des politischen Willens gilt: «One Man – One Vote», ein Mann – eine Stimme. Natürlich: Wenn sich ein solches Individuum politisch engagiert, im Kleinen mit Leserbriefen, einer lokalen Initiative, in einer politischen Partei: dann hat es mehr Einfluss auf das Geschehen als jemand, dessen politisches Handeln sich auf die Stimmabgabe am Wahltag beschränkt. Und wenn jemand gut verdient, und dieses Geld einsetzt – sei es zur Unterstützung von Missionswerken, Parteien, politischen Organisationen – dann hat er ebenfalls mehr Macht als ein Kleinverdiener, der froh ist, wenn er seine Miete bezahlen kann. Es ist legitim, sein Geld für die politischen Ziele einzusetzen, die einem wichtig sind. So weit, so gut. Aber: Gibt es nicht eine Grenze, ab welcher der Grad des politischen Einflusses einzelner Menschen obszön wird? Wenn Einzelpersonen so viel Geld investieren, dass sie den politischen Kurs ganzer Nationen beeinflussen können und den Einfluss eines normalen Stimmbürgers als lächerlich erscheinen lassen?

Die Akkumulation finanziellen Reichtums in den Händen Einzelner von heute ist in keiner Weise zu vergleichen mit dem, was die Reichsten der Reichen noch vor wenigen Jahrzehnten besessen haben. Eine Klasse Ultravermögender ist entstanden, deren Reichtum die Vorstellung sprengt. Sie haben mehr Geld als ganze Länder. Die Mehrung dieses Reichtums kann ihr Leben nicht mehr verändern. Bei einigen dieser Reichsten der Reichen verlagert sich das persönliche Streben hin zum Streben nach Macht und Einfluss. Aus dem, was im negativen Sinne Habgier sein kann, wird möglicherweise Machtgier, Dominanzstreben: «Mein Wille geschehe!»

Der Wille, durch die Beeinflussung des globalen Geschehens weltweite Bedeutung zu erlangen, das Leben von Millionen zu beeinflussen, Regierungen



HERRSCHAFT DER WENIGEN

Oligarchen des Westens: Verklärt als «Public-Private Partnership» beeinflussen Ultrareiche in nie dagewesenem Ausmass die Politik einzelner Nationen und sogar die Weltpolitik. Teil I.

Thomas Lachenmaier

und Länder zu verändern, Spuren zu hinterlassen die von Dauer sind, mag eine Art säkulares Unsterblichkeitsstreben zugrunde liegen. Und auch, als «guter Mensch» angesehen zu werden, als «edel, hilfreich und gut». Zumal sich diese politische Einflussnahme als selbstlose (und steuerbefreite) Opferhandlung zum Wohle der Allgemeinheit, als Philanthropie erklären lässt. Ist das nicht das reine Guttun, sein Vermögen über Stiftungen für «die Verbesserung der Welt» einzusetzen?

Es ist bemerkenswert, dass im Westen der Einfluss Ultravermögender aus Russland, oder auch der Ukraine, kri-

tisch gesehen wird. Der Begriff für sie ist «Oligarch». Aber wer sieht schon Bill Gates, Jeff Bezos, Ray Kurzweil oder George und Alexander Soros als Oligarchen im klassischen Sinne? Bezog sich der Begriff der Oligarchie als einer «Herrschaft der Wenigen» ursprünglich auf einzelne Staaten, in denen sich eine illegitime herrschende Schicht herausgebildet hat, die den Willen der Mehrheit dominiert und manipuliert, so bildet sich in unserer Zeit eine Herrschaft der Wenigen in einem globalen Massstab heraus. Diese westlichen Oligarchen, die ihren Reichtum in politische Macht ummünzen, haben nicht

nur Einfluss auf die USA, das Land, in dem sie Staatsbürger sind. Bill Gates, um den es in diesem Artikel vornehmlich geht, ist es gelungen, die Medizinpolitik oder Pharmapolitik (um den Begriff Gesundheitspolitik zu vermeiden) weltweit zu dominieren. Er konnte im ZDF seine manipulative Potenz locker lächelnd in Worte fassen: «Wir werden den zu entwickelnden Impfstoff letztendlich sieben Milliarden Menschen verabreichen.» Muss man sich nicht spätestens hier die Frage stellen: Mit welcher demokratischen Legitimation kann ein Unternehmer der ganzen Weltbevölkerung erklären, man werde ihr «einen zu entwickelnden Impfstoff verabreichen»?

Während osteuropäische Oligarchen sich meist mit Geldverdienem begnügen, streben Oligarchen wie Bill Gates nach politischem Einfluss. Der politische Gestaltungswille, präziser wäre wohl die Formulierung «Wille zur politischen Manipulation und Dominanz», von Superoligarchen wie Bill Gates ist extrem. Er betrifft das Leben von Milliarden Menschen im persönlichsten Bereich. Die Coronapolitik etwa machte vor den Körpern der Menschen keinen Halt. Viele Millionen Menschen wurden gezwungen, ein pharmazeutisches Produkt gegen ihren Willen zu akzeptieren. Die Freiheit der Menschen sich zu bewegen, ihre Meinungsfreiheit und die Freiheit der Zugänglichkeit zu Informationen wurden massiv beeinträchtigt – aufgrund einer Politik, die von Oligarchen massgeblich beeinflusst wurde. Als Herr über ein global-digitales Kommunikationsimperium hatte Gates auch die Mittel, die Massen durch Meinungslenkung, Informationssteuerung und Behinderung von dissidenten Stimmen zu manipulieren.

Moment: Ist das nicht übertrieben, jemandem wie Bill Gates die Macht zuzusprechen, er könne die Politik ganzer Länder massgeblich beeinflussen? Leider nein. So ergaben unter anderem eine sechs Monate währende Recherche von «Welt am Sonntag» und »Poli-

tico» das ungeheuerliche Ausmass der Beeinflussung der globalen Impfpolitik durch eine kleine Gruppe der reichsten Männer der Welt. Das Fazit der «Welt am Sonntag» war: «Wichtige Entscheidungen trafen nicht die Staatschefs und die Weltgesundheitsorganisation, sondern die Stiftung von Bill und Melinda Gates und deren Netzwerk.»

bewirkte sie, dass die lukrative Federführung für die Herstellung und den Vertrieb der Test-Kits und der Covid-Impfstoffe den Pharmakonzernen und der GAVI und EPI zugesprochen wurde. Den Recherchen zufolge verhinderte das Gates-Netzwerk, dass der Patentschutz für Impfstoffe aufgehoben wurde und dass die Universitäten, die an der



Gibt es nicht eine Grenze, ab welcher der Grad politischer Beeinflussung durch einzelne Menschen obszön wird?

Allein die Gates-Foundation und die eng mit ihr verflochtenen oder von ihr dominierten Organisationen «Welcome Trust», die Impfallianz GAVI und die CDPI «Coalition for Epidemic Preparedness Innovations» investierten 10 Milliarden Dollar in die Impfpolitik. Der Welcome Trust, mit dem Erbe eines Pharmaunternehmers gegründet, ist die weltweit zweitgrösste Organisation im Gesundheitssektor und investiert ihr Vermögen auch in Pharmakonzerne. So auch Bill Gates, der vor der Coronazeit unter anderem in Moderna investiert hatte, ein damals kleines und unbedeutendes Unternehmen. Wie die Recherchen ergaben, sind die Gates-Foundation und der Welcome Trust finanziell verflochten. Gemeinsam gründeten sie weitere Allianzen im Pharmabereich, um ihre Anliegen zu pushen. Die Politik der WHO wird von diesem Netzwerk massgeblich finanziert und beeinflusst.

Mindestens 8,3 Milliarden gaben sie für Lobbyarbeit bei Gesetzgebern und Regierungsbeamten in Europa und den USA aus. Sie erkaufte sich damit «einen beispiellosen Zugang zu den höchsten Regierungsebenen». Im April 2020 verabschiedeten Deutschland, Frankreich, und Spanien Beschlüsse, die exakt den «White Papers» entsprachen, die von der Gates-Foundation und ihren Partnern GAVI und CEPI lanciert worden waren, berichtete die «WELT» am Sonntag. Durch finanzielle Einflussnahme

Vakzin-Entwicklung forschten, ihre Erkenntnisse frei verfügbar machten. Das hätte die weitere Impfstoffentwicklung und -produktion dramatisch verbilligt – und die Gewinnmargen der Pharmakonzerne geschmälert.

«Niemand zieht diese Akteure wirklich zur Rechenschaft. Und doch haben sie einen grossen Einfluss darauf, wie wir auf eine Pandemie reagieren», sagt Sophie Harman, Professorin für internationale Politik an der Queen Mary University of London. Der Professor für öffentliche Gesundheit an der Georgetown University in Washington DC ergänzt: «Um es ganz krass auszudrücken: Mit Geld lässt sich Einfluss kaufen. Und das ist die schlimmste Art von Einfluss. Nicht nur, weil es Geld ist (...), sondern auch, weil es ein bevorzugter Zugang hinter verschlossenen Türen ist.»

Den Interessengruppen, die von solchem Gebaren profitieren, ist es gelungen, es in der Öffentlichkeit als «Public-Private Partnership» zu beschönigen. Aber es geht am Ende nur darum, dass es globalen Konzernen erlaubt wird, sich mit nationalen Regierungen und internationalen Organisationen zu verquicken und Einfluss auf die Politik zu nehmen. Lesen Sie in der kommenden Ausgabe von *factum* den zweiten Teil über die «Herrschaft der Wenigen», die von einem Problem in bestimmten einzelnen Staaten zu einem weltweiten Problem geworden ist. 